

DIE LINKE.Fraktion im Lüdenscheider Rat,
Albrechtstr. 2, 58507 Lüdenscheid

Bürgermeister
Sebastian Wagemeyer

per Mail:

DIE LINKE

Fraktion im Lüdenscheider Rat

Otto Ersching

Fraktionsvorsitzender

Albrechtstr. 2

58507 Lüdenscheid

Telefon 01525 1017418

otto.ersching@rat.lueden-

scheid.de

www.dielinke-maerkischer-

kreis.de

Lüdenscheid, 30.03.2026

Antrag: Einführung einer Zweitwohnungsteuer

Sehr geehrte Herr Bürgermeister,
lieber Sebastian,

zur kommenden Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 20.04.2026 beantragen wir:

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Lüdenscheid führt zum 01.01.2027 eine Zweitwohnungsteuer ein.
2. Der Steuersatz wird auf 15 % der jährlichen Nettokaltmiete festgesetzt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat rechtzeitig eine entsprechende „*Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungsteuer in der Stadt Lüdenscheid*“ zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Satzungsentwurf soll sich inhaltlich an der Zweitwohnungssteuersatzung der Stadt Iserlohn orientieren, insbesondere hinsichtlich der Befreiungstatbestände (z. B. für Wohnungen freier Träger der Wohlfahrtspflege, Träger der Jugendhilfe sowie für berufsbedingte Zweitwohnungen von Verheirateten/Verpartnerten).

Begründung:

Die Stadt Lüdenscheid befindet sich in einer dramatischen finanziellen Schieflage, die ein strukturelles Defizit in zweistelliger Millionenhöhe aufweist. In dieser Situation ist es zwingend geboten, alle zumutbaren Einnahmepotenziale auszuschöpfen, bevor über Kürzungen bei sozialen, kulturellen oder freiwilligen Leistungen diskutiert wird.

Die Verwaltung hat in ihrer Beantwortung unserer Anfrage (datiert auf den 24.01.2026) bestätigt, dass die Einführung einer Zweitwohnungsteuer in Lüdenscheid nicht nur machbar, sondern finanziell absolut lohnenswert ist. Der Kämmerer prognostiziert mittelfristig einen positiven Deckungsbeitrag in einer kleinen fünfstelligen bis zu einer kleinen sechsstelligen Größenordnung.

Für die Einführung und Ausgestaltung der Steuer sprechen folgende durch die Verwaltung bestätigte Fakten:

Erhebliches Steueraufkommen: Aktuell sind in Lüdenscheid 1.406 Nebenwohnungen gemeldet (Stand 2025). Unter Berücksichtigung sozialer und rechtlicher Ausnahmetatbestände geht die Verwaltung von einer Veranlagungsquote von 20 % aus. Bei einem Steuersatz von 15 % der Nettokaltmiete würde dies direkte jährliche Steuermehreinnahmen von ca. 158.760 Euro in die städtische Kasse spülen.

Massiver finanzieller Lenkungseffekt: Noch profitabler als die Steuer selbst ist der ordnungspolitische Lenkungseffekt, den die Verwaltung ebenfalls bestätigt. Die Steuer motiviert Menschen dazu, ihren Nebenwohnsitz in einen Hauptwohnsitz umzuwandeln. Für jeden zusätzlichen Einwohner mit Hauptwohnsitz erhält die Stadt Lüdenscheid jährlich zwischen 760 € und 825 € mehr an Schlüsselzuweisungen durch das Land NRW.

Geringer Umsetzungsaufwand: Die Befürchtung, die Steuer würde durch hohe Verwaltungskosten aufgeessen, wurde durch den Kämmerer entkräftet. Zwar fällt anfänglich ein Aufwand von ca. 0,75 Vollzeitäquivalenten an, im Dauerbetrieb sinkt dieser jedoch auf minimale 0,15 bis 0,25 Stellen. Da in Lüdenscheid die gleiche Finanzsoftware (Infoma) wie in Iserlohn genutzt wird, fallen laut Verwaltung zudem keine oder nur sehr geringe zusätzliche Softwarekosten an.

Soziale Ausgewogenheit nach Iserlohner Vorbild: Die Steuer trifft niemanden unverschuldet hart, da Personen mit geringem Einkommen in der Regel keinen Zweitwohnsitz unterhalten. Um Härtefälle zu vermeiden, fordern wir, die in Iserlohn erprobten Ausnahmeregelungen in die Lüdenscheider Satzung zu übernehmen. So bleiben beispielsweise Wohnungen, die aus therapeutischen Gründen, zu Erziehungszwecken der Jugendhilfe oder aus beruflichen Gründen von Verheirateten unterhalten werden, von der Steuer befreit.

Dieses doppelte Einnahmepotenzial aus direkter Steuer und steigenden Schlüsselzuweisungen ist ein unverzichtbarer Baustein zur Haushaltskonsolidierung. Wir bitten daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

Freundliche Grüße

Otto Ersching
Fraktionsvorsitzender

Jennifer Schmidt
stellv. Fraktionsvorsitzende

Daniela Eichstädt
Ratsfrau